

Kommentiert

Völlig
übertrieben

Von Peter Hahne

Zerstört die Abwrackprämie auch den Gebrauchtwagenmarkt? Schwer zu sagen. Die Datenlage ist ebenso unklar wie bei den Betrugsfällen, die in der vergangenen Woche die Öffentlichkeit beunruhigt haben.

Sobald es um die Abwrackprämie geht, sind immer auch politische und geschäftliche Interessen im Spiel. Von außen lässt sich kaum beurteilen, wer hier mit gezinkten Karten spielt und falsche Zahlen verbreitet. Nur soviel: Die Abwrackprämie hat natürlich Einfluss auf die Preisbildung auf dem Gebrauchtwagenmarkt. So trifft es durchaus zu, dass im untersten Preissegment – wo bis zu zwei Millionen Autos in der Schrottpresse landen – weniger Autos verfügbar sind. Die Gebrauchtwagenpreise in anderen Segmenten fallen hingegen rapide. Dafür ist allerdings nicht allein die Abwrackprämie verantwortlich. Auch die Preisnachlässe für Neuwagen und die allgemeine Kaufzurückhaltung in der Krise spielen eine Rolle.

Die Warnungen der Autoverwerter sind deshalb völlig übertrieben. Wer allein wegen der Abwrackprämie mit 60 000 arbeitslosen Kfz-Schlossern droht, macht sich unglaubwürdig.

SPD sackt laut
Deutschlandtrend
auf 22 ProzentSteinmeier weit
hinter Merkel

Köln (AP). Die SPD ist auf den tiefsten jemals im ARD-Deutschlandtrend gemessenen Wert abgesackt: Gegenüber der Vorwoche büßten die Sozialdemokraten einen Punkt ein und landeten bei 22 Prozent.

Die Union legte um zwei auf 37 Prozent zu, wie der WDR gestern mitteilte. FDP und Grüne fielen auf 15 beziehungsweise 12 Prozent. Die Linke büßte ebenfalls einen Punkt auf neun Prozent ein. Union und FDP hätten damit eine rechnerische Mehrheit von 52 Prozent.



Frank-Walter Steinmeier

Bei der Direktwahlfrage wuchs der Abstand zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem SPD-Herausforderer: Könnten die Deutschen den Bundeskanzler direkt wählen, würden sich 62 Prozent für Angela Merkel und 23 Prozent für Frank-Walter Steinmeier entscheiden.

Mit einer klaren Koalitionsaussage vor der Bundestagswahl würde die SPD einer Umfrage zufolge Wähler abschrecken. In der am Donnerstag veröffentlichten Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts Info GmbH gaben 24 Prozent der Teilnehmer an, die SPD wählen zu wollen. Bei der Frage nach der Wahlabsicht für den Fall, dass die SPD sich vorab klar für eine Fortsetzung der großen Koalition mit der Union aussprechen würde, stellten die Meinungsforscher eine deutliche Abwanderung von SPD-Anhängern zu Union und FDP fest. Noch stärker war die Abwanderungstendenz laut Info bei dem Szenario, dass die SPD sich auf ein Bündnis mit den Grünen und der Linkspartei festlegen würde. Der SPD-Stimmenanteil würde auf nur noch 18 Prozent abstürzen.

Anzeige erstattet

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen NPD Thüringen



Der Integrationsbeauftragte der Thüringer CDU, Zeca Schall, auf dem Markt von Hildburghausen. (Foto: ddp)

bildet worden und ist verheiratet. 2004 erhielt er die deutsche Staatsbürgerschaft; im gleichen Jahr wurde der gläubige Katholik Mitglied der CDU.

Schall sagte dem Sender N24, er sei geschockt gewesen, als er von den NPD-Angriffen gehört habe. So etwas habe er während der vielen Jahre, die

er in Thüringen lebe, noch nicht erfahren. „Ministerpräsident Dieter Althaus hat mir gesagt, dass mir nichts passieren wird und ich meine Arbeit fortsetzen soll“, sagte er weiter. Es schade der Demokratie, „dass einer wie ich, Mitglied einer großen Volkspartei, der in diesem Land groß geworden ist,

die Wende von der ersten Stunde an mitgemacht hat, so beleidigt wird. Das finde ich schrecklich. Das ist unfair“, sagte Schall dem Sender.

Der Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung, Timo Reinfrank, erklärte, der Angriff auf Schall sei Teil einer gezielten bundesweiten Eskalierungsstrategie der NPD. „Gerade Ministerpräsident Althaus muss sich viel stärker gegen Rechtsextremismus engagieren, die zivilgesellschaftlichen Akteure stärken und Projekte gegen Rechtsextremismus fördern“, sagte Reinfrank. Ein eigenes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus sei notwendig. „Dies gebe es bereits in allen anderen ostdeutschen Bundesländern.“

Bei der Anzahl der rechtsextremen Übergriffe pro Einwohner stehe Thüringen bundesweit an dritter Stelle nach Sachsen-Anhalt und Sachsen, sagte Reinfrank.

Streitobjekt Bundeswehr

Union beißt bei Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten bei anderen Parteien auf Granit

Von Lothar Klein

Berlin. Seit Jahren fordern CDU und CSU immer wieder eine Änderung des Grundgesetzes, um den Einsatz der Bundeswehr im Inland zur Abwehr von Terrorattacken zu erlauben. Die SPD will dies nur in engen Grenzen zulassen. Jetzt stieß Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) mit seiner Forderung, die KSK-Spezialkräfte der Bundeswehr zur Geiselnbefreiung einzusetzen, auf breiten Widerstand. SPD und Opposition werfen dem Verteidigungsminister Wahlkampfpopulismus vor.

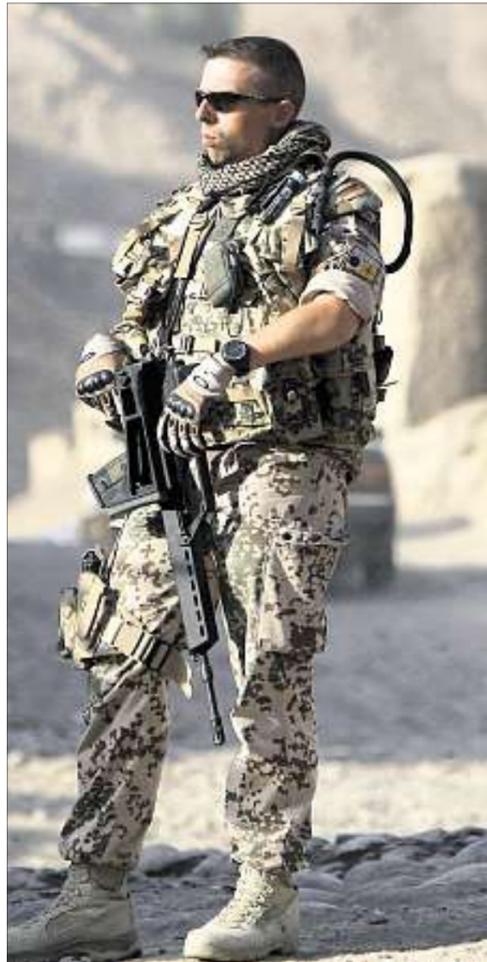
Der Auftrag der Bundeswehr ist in Artikel 35 und 87 des Grundgesetzes geregelt. Nach Artikel 35 kann die Bundeswehr bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unfällen im Inland sogenannte Amtshilfe leisten. Dazu zählt unter anderem technische Hilfe mit schwerem Bergungsgerät oder karitative Aufgaben etwa durch den Sanitätsdienst.

Ansonsten darf die Bundeswehr nach Artikel 87 im Inland grundsätzlich nur im Verteidigungsfall eingesetzt werden.

Wo verlaufen die Grenzen für den Einsatz von Soldaten?

Bei der Abgrenzung gibt es immer wieder schwierige Fragen: So darf die Bundeswehr etwa mit ihren Flugzeugen und Wärmebildkameras bei der Suche nach Opfern von Gewaltverbrechen die Polizei unterstützen. Täter suchen darf sie jedoch nicht. Mit Bergepanzern darf die Bundeswehr eingeschlossene Menschen aus Notsituationen retten. Verboten ist der Bundeswehr aber, mit dem gleichen Panzerpersonal aus dem Schussfeld eines Amokläufers zu bergen.

Was will die Union?
Ausgelöst durch den Terroranschlag auf das New Yorker



Ein Isaf-Soldat der Bundeswehr patrouilliert im Oktober 2008 in der Nähe von Feyzabad in Afghanistan. (Foto: AP)

World Trade Center fordern Unionspolitiker immer wieder, den Einsatz der Bundeswehr im Inland zur Abwehr von Terrorattacken aus der Luft oder von See durch eine Änderung

des Grundgesetzes zu erlauben. Im Jahr 2005 einigten sich Union und SPD in der großen Koalition auf ein Luftsicherheitsgesetz. Dieses sah vor, dass von Terroristen zum

Zweck eines Anschlages entführte Passagierflugzeuge von der Luftwaffe abgeschossen werden durften. Das Verfassungsgericht erklärte diesen Kompromiss jedoch für verfassungswidrig, weil der Staat keine Abwägung Leben gegen Leben treffen dürfe. Seitdem können sich Union und SPD nicht auf eine gesetzliche Neufassung des Einsatzes der Bundeswehr zur Abwehr von Terrorattacken einigen.

Darf die Bundeswehr von Piraten festgesetzte Geiseln befreien?

Ja. Dies hat mit der Diskussion über den Einsatz im Inland nichts zu tun. Eine Änderung des Grundgesetzes wie von Verteidigungsminister Jung gefordert, ist dafür nicht erforderlich. Das Atalanta-Mandat zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Afrikas sieht Gewalt gegen Seeräuber ausdrücklich vor. Für diese Aufgabe steht die Elitetruppe der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), ebenso zur Verfügung wie die GSG 9 Spezialkräfte der Bundespolizei. Das KSK wurde 1996 gegründet, um „deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten und Geiselnhaft zu befreien“.

Warum wurde das KSK nicht zur Befreiung der Geiseln auf der Hansa Stavanger eingesetzt?

Grundsätzlich unterliegen die KSK-Einsätze der Geheimhaltung. Nur die Bundesregierung und ein kleiner Kreis von Parlamentariern werden über die KSK-Missionen informiert, wie etwa in der Vergangenheit über Aktionen in Afghanistan im Kampf gegen Terroristen und Taliban. Nach Ansicht der Befehlshaber ließ die Lage an Bord der „Hansa Stavanger“ eine Geiselnbefreiung jedoch nicht zu. Das Risiko für Leib und Leben der Matrosen war offenbar zu groß.

Geduldete
UnsicherheitVerfassungsrechtler Prof. Michael Brenner
zu Wählerwillen und Parteipolitik

In wenigen Wochen stehen Landtags- und Bundestagswahlen an. Wie sicher können sich die Bürger sein, dass sie ihre Stimme der von ihnen gewünschten Politik geben?

Das ist letztlich nicht vorhersehbar. Bei der vorigen Bundestagswahl mit ihrem stark polarisierten Wahlkampf hätte kaum jemand damit gerechnet, dass am Ende eine große Koalition herauskommt. Für die Wähler besteht immer ein großes Unsicherheitspotenzial drin, welche Partei in welcher Koalition welche Sachpolitik umsetzen wird.

Wählen sie die Katze im Sack?

Nein, denn die Parteien stehen ja schon für bestimmte Inhalte. Aber wer im Bund beispielsweise die FDP wählt, geht derzeit davon aus, dass sie in eine schwarz-gelbe Koalition eintreten wird. Sollte sich die Stimmung aber noch ändern, so könnte es vielleicht auch eine schwarz-gelb-grüne Mehrheit geben und damit partiell eine andere Politik als erwartet.

Sind denn die Parteien juristisch an eine vor der Wahl gemachte Koalitionsaussage gebunden?

Juristisch ist es ohne Bedeutung, in welche Koalition die gewählte Partei eintritt und welche politische Richtung sie damit einschlägt. Es gibt keinen Rechtsanspruch darauf, dass eine Partei ein bestimmtes Bündnis eingeht, selbst wenn es zuvor eine entsprechende Koalitionsaussage gab. Die Wähler geben ihre Stimme für eine Partei ab, und die muss sich bei ihnen für ihr weiteres Vorgehen rechtfertigen.

Und notfalls mit einem Verlust des Rückhalts leben?

Damit müssen die Parteien rechnen und sie reagieren darauf. Nach der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg beispielsweise führte die CDU auch Gespräche mit den Grünen. Allerdings stand die Basis in beiden Parteien einem Zusammengehen negativ gegenüber, so dass die Pläne aufgegeben wurden.

Warum sind die Politiker nicht stärker an den Wählerwillen gebunden?

Das Grundgesetz will den freien Abgeordneten, der seinem Gewissen folgt, und keinen Befehlsempfänger. Wenn ein Parlamentarier von früheren Positionen Abstand nimmt, ist das verfassungsrechtlich unproblematisch und hinzunehmen. Er ist ja auch durch faktische Zwänge, die Parteilinie und nicht zuletzt durch den Wunsch, wieder gewählt zu werden, beschränkt.

Was spricht gegen eine stärkere Verpflichtung den Wählern gegenüber?

Die Gefahr, dass sie nur noch als Marionetten

agieren. Sie müssen Kompromisse eingehen können, ohne sich dauernd rückzuversichern. Das wäre praktisch kaum zu realisieren. Zudem ist das Votum des Volkes sehr momentgeprägt, nicht unbedingt am langfristigen Interesse des Landes orientiert und auch emotionsgeladen. So gab es zu Zeiten des RAF-Terrors eine klare Mehrheit in der Bevölkerung für die Todesstrafe.

Welche Sanktionierungsmöglichkeiten bleiben den Wählern?

Sie können das nächste Mal anders wählen, und die Zahl der Wechselwähler steigt ja auch. Die Kehrseite ist allerdings, dass durch die Parteiloyalität noch mehr Kompromisse nötig sind und die Regierungsbildung schwieriger wird. Dadurch wiederum werden die Politiker auch zurückhaltender in ihren Aussagen, da sie sich noch bewegen können müssen.

Halten Sie Wahlabstänze für eine Option?

Auf gar keinen Fall. Das Wahlrecht ist unser wichtigstes Mitwirkungsrecht und war lange hart umkämpft. Daher habe ich kein Verständnis für so genannte Politikverdrossenheit, die sich in Wahlabstänzen äußert. Es gibt immer Alternativen und auch die Möglichkeit zu taktischen Entscheidungen.

Gespräch: Oliver Will

Schnäppchen sind nur
schwer zu ergattern

Shoppingclubs im Internet

Von Peter Hahne

Berlin. Sie heißen „brands4friends“, „BuyVip.com“ oder „Clubsale.de“ – und versprechen höchstes Einkaufsvergnügen. Exklusiv. Und selbstverständlich unglaublich preiswert. Die Rede ist von so genannten „Shopping-Clubs“ im Internet. Das Geschäftsmodell boomt, und bislang kann auch die Wirtschaftskrise den Clubs nichts anhaben. Aber profitieren auch die Kunden?

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat sich acht Shopping-Clubs näher angeschaut – und zieht ein ernüchterndes Fazit: Die Jagd nach dem ultimativen Schnäppchen ist sehr zeitaufwändig. Und endet häufig erfolglos. Positiv: Wer lange genug sucht, früh aufsteht, nicht immer das Neueste haben muss, kann mit ein bisschen Glück tatsächlich das ein oder andere Schnäppchen machen – um im Schnitt rund ein Viertel gegenüber einem herkömmlichen Einkauf im stationären Einzelhandel oder im Web sparen.

Wie funktioniert ein „Shopping-Club“? Relativ simpel. Man meldet sich an und los geht's. Die angebliche Exklusivität und der „Clubgedanke“ entpuppen sich schnell als Marketinggag. Sobald man Mitglied ist, kann man sich an den zahlreichen Verkaufsaaktionen beteiligen. Der eine Club bietet jeden Tag einen Fernseher oder einen iPod an, andere spezialisieren sich auf Designerklamotten oder Schuhe.

Wie der Fabrikverkauf auf der grünen Wiese versuchen Shopping-Clubs meist Restbestände oder Artikel aus der Vorsaison über das Internet zu verschleppen. Geärgert hat die Testkäufer, dass Kleidung und Accessoires von Nobelmarken wie Prada oder Gucci oft schon kurz nach Verkaufsbeginn ausverkauft waren. Minuspunkte gab es auch für die eigenwilligen Verkaufszeiten, die an das Flohmarkt-Prinzip „Früher Vogel fängt den Wurm“ erinnern.

Die Verkaufsaaktionen starten nämlich in der Regel morgens um sieben und enden um neun. Die meisten Berufstätigen dürften zu dieser Zeit anderes zu tun haben, als sich im Internet nach Schnäppchen umzuschauen. „Überaus lästig und obendrein teuer sind oftmals auch die Versandkosten“, kritisieren die Verbraucherschützer. Manche Shoppingclubs verhökerten Restposten für weniger als zehn Euro – nur um dann den gleichen Betrag für den Versand noch einmal oben drauf zu schlagen. Lieferzeiten von rund drei Wochen waren keine Seltenheit.

Fazit: Wer viel Zeit hat, gerne früh morgens am Rechner sitzt, nichts Bestimmtes sucht und sich weder an haufenweise Werbe-E-mails noch langen Lieferzeiten stößt, kann bei Shoppingclubs das ein oder andere Schnäppchen machen. Wer Shoppingclubs nur einmal ausprobieren will, dem bleibt ein Trost: Für die Kündigung reicht in aller Regel eine kurze Email.

Verwerfungen auf Gebrauchtwagenmarkt

Verband beklagt steile Talfahrt durch Abwrackprämie



Gebrauchtwagen bei einem Händler. (Foto: AP)

Reparaturleistungen würden weniger nachgefragt. Neben den Kfz-Schlossern seien auch Abschleppdienste negativ betroffen. Vielen drohe Insolvenz und Arbeitslosigkeit.

Für Verbraucher, die sich jetzt einen Gebrauchtwagen zulegen wollen, hat der Preisverfall jedoch auch Vorteile. „Die Preise sind im Keller, der Markt ist völlig kaputt“, sagt

Kommentar